

DIE LINKE. Ennepe-Ruhr-Kreis
Hauptstraße 151
58332 Schwelm

20. August 2021

Betrifft: Parteiaustritt

Liebe (Ex-) Genossinnen und Genossen,

hiermit erkläre ich, Philipp Kloke, Mitgliedsnummer [REDACTED], meinen Austritt aus der Partei DIE LINKE mit sofortiger Wirkung. Die erteilte Einzugsermächtigung für die Mitgliedsbeiträge widerrufe ich hiermit. Ich würde Euch bitten, mir dies zu bestätigen.

Die Entscheidung ist weder leichtfertig getroffen, noch leicht gefallen, und weil sie auf politischen Gründen¹ fußt, möchte ich Euch eine Erklärung beifügen.

Seit ich wahlberechtigt bin, habe ich stets LINKS gewählt. Nach langer Überlegung habe ich mich entschieden, bei der anstehenden Bundestagswahl zum ersten Mal in meinem Leben nicht mehr die Linkspartei zu wählen. Wenn ich meine Partei allerdings nicht mehr wählen kann, wäre es falsch, Mitglied zu bleiben.

Anlass für meinen Parteeintritt war das Desaster der NRW-Landtagswahl von 2012. Ich wollte damit ein Zeichen setzen: die Linkspartei und eine sozial gerechte Politik stärker unterstützen als bloß durch eine Wählerstimme. Als Student habe ich mich im Bonner Kreisverband in Diskussionsrunden und z.B. im Landtagswahlkampf 2017 für die Partei engagiert.

Ich bin demokratischer Sozialist aus Überzeugung. Eine Verwirklichung der Menschenrechte ist nur mit demokratischer Partizipation und sozialer Teilhabe möglich. Dafür

¹Es sei angemerkt, dass der Kleinkrieg, den Ihr im Kreisverband im Frühsommer ausgetragen habt, mich nicht weiter interessiert und also auch nicht der Grund für den Austritt ist. Helfen wird er Euch aber auch nicht, weder persönlich, noch politisch.

bedarf es einer gut funktionierenden, das heißt, Wohlstand erzeugenden Wirtschaft, und als studierter Ökonom war und bin ich von der Sinnhaftigkeit der keynesianisch geprägten LINKEN Wirtschaftspolitik überzeugt. Auch das Eintreten der Linkspartei für den Umweltschutz, ohne für soziale und wirtschaftliche Notwendigkeiten blind zu sein, ist richtig, ebenso das konsequente Eintreten gegen Krieg und für Frieden. Nach wie vor ist die Linkspartei die einzige Partei, die in letzterem Punkt standhaft geblieben ist.

Trotzdem habe ich das Gefühl, dass meine Partei zunehmend „auf der falschen Seite der Barrikaden“ steht. Das liegt nicht daran, dass die Partei heute in oben genannten Punkten andere Auffassungen verträte, als damals, als ich eingetreten bin, oder ich meine Einstellung verändert hätte, sondern dass diese für mich zentralen Fragen heute zu Nebenthemen geworden sind, die kaum noch Platz finden zwischen dem allgegenwärtigen Corona-Thema und Debatten über Gendersprech und vermeintlichen Rassismus.

Seit einiger Zeit werde ich in den Schreiben der Partei, in E-Mails oder auf der Webseite als „Genoss*in“ angeredet. Ich fühle mich von derartigen Schreiben nicht angesprochen! Solange Identitätspolitik noch ein Thema von angemessener Irrelevanz war, ließ sich damit leben, dass meine Partei in dieser Nische eine andere Auffassung vertrat. Das geht jetzt nicht mehr: Wenn diese blödsinnigen aktuellen politischen Themen von der Linkspartei oben auf die politischen Agenda gesetzt werden, und das auch noch mit Positionen, die ich nicht mittragen kann, dann muss ich daraus Konsequenzen ziehen, denn dann ist die Partei für die Gestaltung der ernsthaften politischen Themen offensichtlich ungeeignet.

In der Wählergunst ist die Partei seit längerem auf dem absteigenden Ast, der Fokus auf die „woken“ Themen hat offensichtlich keinen Aufschwung gebracht, doch das ficht die Partei offenbar nicht an – nein, man beschimpft die Wenigen, die einen klaren Verstand behalten haben. Ich habe übrigens auch die historische Dummheit nicht vergessen, aus der heraus die damalige Parteiführung die Aufstehen-Bewegung bekämpfte statt unterstützt hat.

Die Persönlichkeiten, die für die linke Politik stehen, mit der ich mich identifizieren kann, sind in der Partei längst an den Rand gedrängt worden; Oskar Lafontaine wird wie ein Aussätziger behandelt, Sarah Wagenknecht wurde von dem Führungsduo Kipping/Riexinger aus dem Fraktionsvorsitz gemobbt und sieht sich aktuell üblen Anwürfen aus dem NRW-Landesverband ausgesetzt, und auch Fabio Di Masi tritt nicht mehr für ein Bundestagsmandat an.

Die Sinnkrise der Linkspartei und der gesellschaftlichen Linken werden ein immer größeres Problem: Die Folgen jahrzehntelanger neoliberaler Misswirtschaft fressen sich durch unser Gemeinwesen. Die regierenden Politiker werden anscheinend von Generation zu Generation unfähiger und korrupter. Immer mehr strategische Funktionen werden aus diesem Klüngel besetzt – u.a. das Bundesverfassungsgericht. Ein Wust aus unsinnigen Vorschriften lähmt das Land. Neoliberale Strukturen (z.B. die EU) und Gesetze (z.B. die Schuldenbremse) ersticken jeden Versuch einer politischen Umkehr. Öffentliche Diskurs und sachliche Debatten sind dank eines woken Twitter-Mobs, als dessen Multiplikator sich unsere Leitmedien betätigen, nicht mehr möglich. Es verbreitet sich ein Klima diffuser Angst vor dem sozialen oder wirtschaftlichen Abstieg, der drohenden Klimakatastrophe, dem Coronavirus, um die Meinungsfreiheit, der Bedrohung der inneren Sicherheit, vor „Fremden“ oder vor „den Russen“

Die Corona-Krise wirkt wie ein Katalysator auf die herrschenden Verhältnisse. Sie hat bereits länger laufende wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Veränderungsprozesse beschleunigt und dadurch sichtbar gemacht. Angesichts der faktischen monatelangen Außerkraftsetzung zahlloser Grundrechte muss ich konstatieren, dass *die* Bundesrepublik Deutschland, in der ich geboren wurde, und die ich, trotz ihrer Schwächen, für einen ganz passablen Staat gehalten habe, wohl Geschichte ist. Das, was nach Kohl, Schröder und Merkel an Staatsstruktur übrig ist, hat sich in der Krise als dysfunktional herausgestellt. Die Gerichte sind nicht in der Lage, die Grundrechte zu gewährleisten. Die öffentliche Verwaltung ist nicht mehr in der Lage, ihre organisatorischen Aufgaben wahrzunehmen. Von den Regierungen in Bund und Ländern will ich garnicht erst anfangen. . .

In der Corona-Krise hat sich Öffentlichkeit und Regierung, nicht nur, aber auch und insbesondere die Deutsche, furchtbar verrannt. Wo in einzelnen anderen Ländern, England und Dänemark etwa, endlich klar ist, dass die wesentliche Gefahr durch das Coronavirus gebannt ist, und man hinnimmt, dass es mit grippeähnlicher Gefährlichkeit endemisch wird, diskutiert Deutschland noch immer über Inzidenzen, neue Lockdowns, Impfpflicht und die Diskriminierung von Ungeimpften – obwohl keine Gefahr einer Überlastung des Gesundheitswesens besteht (oder je ernsthaft bestand)². Die Debatte entbehrt jeden Sinns und widerspricht allen früher in unserer Gesellschaft gültigen ethischen Prinzipien. Aber aus der Spirale immer übergriffigerer und unangemessenerer Maßnahmen kommt die Regierung ohne Gesichtverlust nicht mehr heraus: Selbst wenn man dort den Irrweg als solchen erkennen würde – was voraussetzt, aus der Blase der Corona-Panikmacher

²Wenn man von der permanenten Überlastung der Pfleger durch neoliberale Misswirtschaft absieht, die es schon vor Corona gab.

auszubrechen – würden die zwei Drittel der Deutschen und fast alle Medien bei einem Kurswechsel über die Regierung herfallen. DIE LINKE hat nicht erkannt, auf welchem Holzweg die laute Mehrheit ist. DIE LINKE treibt die Regierung nicht zur Vernunft; sonst selbst ernannte Bekämpfer von Diskriminierung, schweigt sie dröhnend zur aktuellen Debatte. DIE LINKE hat anscheinend nicht einmal das politischen Potential bemerkt, dass in der veränderten Gemengelage liegt³.

All diesen Fehlentwicklungen entgegenzutreten braucht eine Strategie, kluge und wortgewandte Köpfe und ein positives Zielbild für ein lebenswertes und lebensfähiges neues Deutschland. Eine Strategie hatte DIE LINKE noch nie. Die klugen, wortgewandten Köpfe werden mundtot gemacht und ausgegrenzt. Und die LINKE Gesellschaftspolitik wirkt an der Realisierung einer Dystopie mit. Darum wähle ich DIE LINKE nicht mehr. Darum trete ich aus.

Mit freundlichen Grüßen

Philipp Kloke

³Die Tatsache, dass sich in Deutschland überhaupt mal die politische Landschaft verändert, wäre mehr als ein schwacher Trost, wenn DIE LINKE das begreifen und entsprechend nutzen würde.